

Info 3/2023



Das momentane Arbeitgeberangebot ist nicht akzeptabel!

Wir müssen unsere Forderung mit Aktionen durchsetzen

bei der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen wurde ein Angebot vorgelegt, das der Landesvorsitzende des bbw, Kai Rosenberger als Witz bezeichnet hat. Das Angebot lautet auf 2,76 % auf die Laufzeit von 27 Monaten berechnet. Landrat Dr. Michel, der vertretungsweise für die Arbeitgeberseite verhandelte, schloss Sockelbeträge definitiv aus. Die oft zitierte Wertschätzung und der Respekt vor den Leistungen der Beschäftigten sieht anders aus.

Die aktuelle Lage erfordert weitere Aktionen

Die momentanen „Angebote“ der Arbeitgeber sind nicht akzeptabel. Bei den gegenwärtigen Inflationsraten, momentan 8,7 % (Februar 2023) ist das Angebot von durchschnittlich 2,76 % über eine Laufzeit von 27 Monaten eine Verhöhnung der Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Dies hätte erhebliche Verluste bei den Reallöhnen zur Folge.

Sockelbeträge haben die Arbeitgeber bereits ausgeschlossen. Die Forderung von 500 € mindestens ist jedoch für die unteren Einkommensgruppen sind jedoch eine Kernforderung. Die angebotenen 2,76 % wirken sich gerade dort nur gering aus.

„Die Belegschaft ist stinksauer, frustriert und enttäuscht.“, sagte Rosenberger im Interview. „Weitere Reallohnverluste, wie wir sie bereits 2022 hinnehmen mussten, sind mit uns nicht zu machen.“, sagte er weiter.

Die 1200 Teilnehmer der Warnstreikaktion am 16.03.2023 in Freiburg teilten seine Meinung lautstark.

Unsere Positionen

Angesichts des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst müssen die Arbeitgeber ein verhandelbares, faires und angemessenes Angebot abgeben. Bei insgesamt 360 000 offenen Stellen im öffentlichen Dienst und sich aufgrund der demografischen Entwicklung müssen sich die Arbeitgeber bewegen.

Dem öffentlichen Dienst fehlen zunehmend die Fachkräfte. Stellen können nicht besetzt werden. Kolleginnen und Kollegen müssen die Aufgaben zusätzlich übernehmen. Die Arbeitsbelastung steigt. Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes werden nicht nur mehr, sondern auch komplexer und schwieriger.

Gewerkschaft BTBkomba
Am Hohengeren 12
7188 Stuttgart

Telefon 0711/2201403
E-Mail info@btbkomba.de
Homepage www.btbkomba.de

informiert

Unsere Forderungen sind nicht überzogen, sondern begründet durch hohe Inflationsraten. Diese werden absehbar nicht sinken. Die Forderung nach einem Sockelbetrag ist durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln um 20% seit der letzten Einkommensrunde sprechen für sich. Zusammen mit den gestiegenen Kosten für Energie nagt dies kräftig am Einkommen der unteren Einkommensgruppen. Die Einkommen, vor allem in Städten, reichen nicht für angemessene Wohnungen aus. Das heißt, es kommen auch noch erhöhte Kosten für die Fahrten zur Arbeitsstelle. Der Sockelbetrag ist gerechtfertigt.

Einmalzahlungen lehnen wir ab. Diese haben keine Zukunftswirkung. Weder für die Rentenansprüche noch für künftige Einkommensrunden sind diese Zahlungen wirksam. Auf den ersten Blick attraktiv, verlieren sie bei näherer Betrachtung jeden positiven Aspekt. Sie haben lediglich eine kurzfristige Auswirkung. Die Zinseszins-Effekte in den Einkommen werden fehlen den Beschäftigten.

Aktionstag in Freiburg

Der Aktionstag in Freiburg war ein Erfolg. Mit ca. 1200 Teilnehmern fanden ein Demonstrationzug durch die Innenstadt und eine Kundgebung auf dem Platz der alten Synagoge statt. Seitens des dbb sprach der Tarifbeauftragte des dbb Volker Geyer zu den Teilnehmern. Die Angebote der Arbeitgeber wurden allseits abgelehnt.

Wir müssen uns zeigen!

Es ist von besonderer Bedeutung, dass es uns gelingt, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Politiker sind nur mit Zahlen zu beeindrucken. Wir wollen uns nicht von den Arbeitgebern entgegenhalten lassen, dass die geringe Zahl der Teilnehmer doch zeige, dass die meisten Beschäftigten zufrieden seien, sonst wären sie doch mit dabei.

Der Tarifabschluss hat Zukunftswirkung

Der Tarifabschluss wird Pilotfunktion für die Tarifverhandlungen zum TV-L im Herbst haben. Dieser wird sich auch auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auswirken. Ein guter Abschluss in dieser Tarifrunde wäre ein Signal an die Arbeitgeber ohne Blockadehaltung und mit einem Angebot in die Runde zu starten.

Sollte die Arbeitgeberseite (Kommunen und Bund) in der letzten Runde bei ihrer starren Haltung bleiben, kein akzeptables Angebot vorlegen (wovon derzeit leider auszugehen ist) und keine ernsthaften Verhandlungen beginnen, müssen wir unsere Positionen durch Demonstrationen und Streiks deutlich machen. Neben sich verschlechternden Arbeitsbedingungen wollen uns die Arbeitgeber auch noch stattliche Reallohnverluste zumuten.

Verantwortung und Fürsorge sieht anders aus. Der Politik muss auch klargemacht werden, dass sie mit solchen Maßnahmen auch der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr gerecht wird. Diese haben den Anspruch auf eine leistungsfähige und kompetente Verwaltung. Fehlende Fachkräfte und Personalmangel, der durch Seiteneinsteiger gedeckt werden sollen, senken die Qualität der Verwaltung erheblich.

Wir müssen auf die Straße. In den kommenden Wochen werden wir der Politik verstärkt unsere Meinung durch öffentliche Aktionen klarmachen müssen. Wenn die Politik Zahlen will, sollten wir sie ihnen durch zahlreiche Teilnehmer an diesen Aktionen liefern. Über die Aktionen informieren wir unsere Mitglieder auf der Webseite und über unsere Mail-Verteiler.

Nehmen Sie Teil, es geht auch um Ihre Wertschätzung und Ihr Geld.

Kompetent

Kollegial

Konsequent